

Recherche Netzzugang

Land: Österreich

1. Netzzugang im Überblick

Netzzugang im Überblick (Teaser)	Der Zugang zum Netz von Strom aus Erneuerbaren Energien richtet sich in Österreich im Wesentlichen nach den allgemeinen energiewirtschaftlichen Vorschriften und hat nach diskriminierungsfreien Grundsätzen zu erfolgen. Eine Sonderregelung für Strom aus Erneuerbaren Energien besteht lediglich bei der Netznutzung. Netzbetreiber sind dazu verpflichtet, Strom aus Erneuerbaren Energien im Falle nicht ausreichender Kapazitäten vorrangig zu übertragen.
Rechtsvorschriften	<ul style="list-style-type: none">• Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz (EIWOG) in Verbindung mit Ausführungsgesetzen der einzelnen Bundesländer• Systemnutzungstarife-Verordnung 2006 (SNT-VO 2006)
Netzanschluss	Es besteht ein Anspruch der Anlagenbetreiber gegen die Netzbetreiber auf Abschluss eines Vertrages über den Anschluss der Anlage zur Stromerzeugung an das Netz. Die genauen Bedingungen sind im jeweiligen Landesausführungsgesetz niedergelegt (§ 29 Z 2 EIWOG). Eine Privilegierung von Anlagen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist nicht vorgesehen.
Netznutzung	Die Nutzung der Netze zum Transport von Strom aus Erneuerbaren Energien hat vorrangig zu erfolgen, falls die Leistungskapazitäten der Netze nicht ausreichen, um allen Anträgen auf Netznutzung zu entsprechen (§ 19 EIWOG). Im Übrigen richtet sich der Anspruch auf Netznutzung nach den allgemeinen energierechtlichen Vorschriften nach diskriminierungsfreien Kriterien.
Netzausbau	Es besteht ein Anspruch des Netzbenutzers gegen den Netzbetreiber auf Abschluss eines Vertrags über den Netzausbau, wenn dies für die Erfüllung des Anspruches auf Netzanschluss erforderlich ist. Die genauen Bedingungen sind in den Ausführungsgesetzen der Bundesländer festgelegt (§ 12 Abs 1 EIWOG). Eine Privilegierung von Anlagen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist nicht vorgesehen.

2. Rechtsquellen Basisinformationen

Titel der Rechtsquelle	Bundesgesetz, mit dem die Organisation auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft neu geregelt wird (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz - EIWOG), das Bundesverfassungsgesetz, mit dem die Eigentumsverhältnisse an den Unternehmen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft geregelt werden, erlassen wird und das Kartellgesetz 1988 und das Preisgesetz 1992 geändert werden	Verordnung der Energie-Control Kommission, mit der die Tarife für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungstarife-Verordnung 2006, SNT-VO 2006)	
Kurzbeschreibung	EIWOG	SNT-VO 2006	
Handlungsform	Parlamentsgesetz	Verordnung	
Gliederung	Teile, Abschnitte, Paragraphen, Absätze, Ziffern	Paragraphen, Absätze, Ziffern	
Inkrafttreten	01.12.1998	01.01.2006	
Letzte Änderung	28.06.2006	01.01.2007	
Künftige Änderungen			
Zweck	Erlass von Bestimmungen für die Erzeugung, Übertragung, Verteilung von und Versorgung mit Elektrizität sowie die Organisation der Elektrizitätswirtschaft; Bestimmung von Entgelten sowie Vorschriften über die Rechnungslegung (§ 2 Abs 1 EIWOG)	Bestimmung der Grundsätze für die Ermittlung und die Zuordnung der Kosten, der Kriterien für die Tarifbestimmung sowie der Tarife der für die Netznutzung zu entrichtenden Entgelte (§ 1 SNT-VO 2006)	
Bezug	Das Gesetz legt den vorrangigen Netzzugang für Erneuerbare Energien fest. Zudem gelten die darin enthaltenen allgemeinen Bestimmungen für die	Die Bestimmungen der SNT-VO 2006 gelten auch für die Netznutzung für aus Erneuerbaren Energien erzeugten Strom.	

	Netznutzung auch für Erneuerbare Energien.		
Rechtsquelle im Volltext (Link zu Originalrechtsquelle)	Link zu Rechtsinformationssystem http://www.ris2.bka.gv.at/	Link zu Rechtsinformationssystem http://www.ris2.bka.gv.at/	

3. Weiterführende Kontakte

Institution (Name)	Website (Startseite)	Name der Kontaktperson (optional)	Telefonnummer (Zentrale)	eMail (optional)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Sektion Energie und Bergbau	http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Energie/default.htm		+43 (01) 711 00-0	post(at)IVSL.bmwa.gv.at
Österreichische Energieagentur	http://www.energyagency.at/		+43 (0)1 586 15 24-0	office(at)energyagency.at
Energie-Control GmbH	http://www.e-control.at/		+43 (0)5 78 66-10	kundenservice(at)oem-ag.at
Dachverband Energie Klima	http://www.energieklima.at/		+43 (0)5 90 900-3465	energieklima(at)fmml.at

4. Netzanschluss

Kurzbezeichnung der Rechtsquelle(n)	<ul style="list-style-type: none"> • EIWOG • SNT-VO 2006 	
Anspruchsgrundlage/Adressaten	<input type="checkbox"/> gesetzliche Grundlage <input checked="" type="checkbox"/> vertragliche Grundlage	Es besteht ein Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Abschluss eines Vertrags über den Anschluss der Anlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energien an das Netz (allgemeine Anschlusspflicht, § 4 Nr. 2 EIWOG). Die Einzelheiten für den Netzanschluss werden in einem Netzzugangsvertrag gem. § 7 Nr. 32 EIWOG mit dem jeweiligen Netzbetreiber vereinbart.
	Berechtigter	Anspruchsberechtigter ist der Erzeuger (§ 29 Nr. 2 EIWOG). Erzeuger ist eine juristische oder natürliche Person oder eine Erwerbsgesellschaft, die Elektrizität erzeugt (§ 7 Nr. 11 EIWOG).
	Verpflichteter	Anspruchsverpflichteter ist der Betreiber von Verteilernetzen (§ 29 EIWOG). Verteilernetzbetreiber sind natürliche oder juristische Person, die verantwortlich sind für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Verteilernetzes in einem bestimmten Gebiet. Verteilernetze sind Stromnetze aller Spannungsebenen, die dem Transport von Strom an Kunden dienen und die keine Versorgungsnetze sind (§ 7 Nr. 44 EIWOG). Deren Betreiber haben darüber hinaus den Bedarf an Verbindungsleitungen zu anderen Netzen, an Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes sowie an einer angemessenen Verteilung von Elektrizität zu befriedigen (§ 7 Nr. 43a EIWOG). Die genauen Voraussetzungen für den Anschlussanspruch sind in den Ausführungsgesetzen der einzelnen Bundesländer und den allgemeinen Netzbedingungen der unterschiedlichen Netzbetreiber festgelegt.
Vorrang erneuerbare Energien (qualitative Ausgestaltung)	<input type="checkbox"/> Vorrang für erneuerbare Energien <input checked="" type="checkbox"/> Diskriminierungsfreie Behandlung	Alle Anlagenbetreiber haben gleiches Recht auf Anschluss ihrer Anlage an das Netz, unabhängig von der Art der eingesetzten Energieträger (§ 23 Z 9 EIWOG).
Kapazitätsbeschränkung (quantitative Ausgestaltung)		
Zeitliche Ausgestaltung	Der Antrag auf Anschluss der Anlage an das Netz und auf Netzzugang muss innerhalb von 14 Tagen nach Zugang beantwortet werden (§ 18 Abs 3 Z 12 EIWOG).	
Entstehung/Durchsetzung	Der Anspruch auf Netzanschluss entsteht mit Abschluss des Netzzugangsvertrags.	
Finanzierung		
	Kostenträger Staat	

	Kostenträger Verbraucher	
	Kostenträger Netzbetreiber	
	Kostenträger Anlagenbetreiber	Der Netzbenutzer trägt die Kosten des Netzanschlusses. Netzbenutzer ist jede natürliche oder juristische Person oder Erwerbsgesellschaft, die Elektrizität in ein Netz einspeist oder entnimmt (§ 7 Z 26 EIWOG). Die Kosten des Anschlusses einer Anlage zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien trägt somit der Anlagenbetreiber. Er zahlt das so genannte Netzzutrittsentgelt (§ 2 SNT-VO 2006). Hinzu kommt ein Entgelt für Messleistungen im Wege der Errichtung und des Betriebs von Zähleinrichtungen, deren Eichung sowie der Datenauslesung (§ 9 Abs 1 SNT-VO 2006).
	Verteilmechanismus	

5. Netznutzung

Kurzbezeichnung der Rechtsquelle(n)	<ul style="list-style-type: none"> • EIWOG • SNT-VO 2006 	
Anspruchsgrundlage/Adressaten	() gesetzliche Grundlage (X) vertragliche Grundlage	Es besteht ein Anspruch auf Abschluss eines Vertrags über die vorrangige Abnahme und Übertragung des Stroms aus Erneuerbaren Energien im Falle nicht ausreichender Kapazitäten (§ 4 Abs 1 Z 2 EIWOG, § 19 EIWOG).
	Berechtigter	Anspruchsberechtigter ist der Netzbewer (§ 4 Abs 1 Z 2 EIWOG). Netzbewer ist jede natürliche oder juristische Person oder Erwerbsgesellschaft, die Elektrizität in ein Netz einspeist oder entnimmt (§ 7 Z 26 EIWOG). Dies ist in der vorliegenden Konstellation der Anlagenbetreiber.
	Verpflichteter	Anspruchsverpflichteter ist der Netzbewer (§ 4 Abs 1 EIWOG). Netzbewer sind die Betreiber von Übertragungs- oder Verteilernetzen mit einer Nennfrequenz von 50 Hz (§ 7 Z 28 EIWOG).
Vorrang erneuerbare Energien (qualitative Ausgestaltung)	(X) Vorrang für erneuerbare Energien () Diskriminierungsfreie Behandlung	Die Übertragung des Stroms aus Erneuerbaren Energien hat vorrangig zu erfolgen, also vor der Übertragung von Strom aus anderen als regenerativen Energiequellen, wenn die vorhandenen Leistungskapazitäten nicht ausreichen, um allen Wünschen nach Stromeinspeisung nachzukommen (§ 19 EIWOG). Darüber hinaus darf der Netzbewer die Nutzung der Netze aus konventionellen Energiequellen verweigern, wenn ansonsten Elektrizität aus fernwärmeorientierten, umwelt- und ressourcenschonenden sowie technisch-wirtschaftlich sinnvollen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder aus Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien trotz Eingehens auf die aktuellen Marktpreise verdrängt würde, wobei Möglichkeiten zum Verkauf dieser elektrischen Energie an Dritte zu nutzen sind (§ 20 Abs 1 Z 4 EIWOG).
Kapazitätsbeschränkung (quantitative Ausgestaltung)	Der Netzbewer ist verpflichtet, den gesamten Strom aus Erneuerbaren Energien zu übertragen.	
Zeitliche Ausgestaltung	Die Pflicht zur vorrangigen Übertragung des Stroms aus Erneuerbaren Energien unterliegt auf Bundesebene keinerlei gesetzlich festgelegten Fristen.	
Entstehung/Durchsetzung	Der Anspruch auf Abnahme und Übertragung entsteht mit Abschluss des Netzzugangsvertrags.	
Finanzierung	Besondere Regelung über die Kosten und die Verteilung von Kosten der Förderung von Strom aus Erneuerbaren Energien bestehen nicht. Die Kosten für die Nutzung der Netze durch Strom aus Erneuerbaren Energien richten sich nach den allgemeinen energierechtlichen Vorschriften.	
	Kostenträger Staat	
	Kostenträger Verbraucher	

	Kostenträger Netzbetreiber	
	Kostenträger Anlagenbetreiber	
	Verteilmechanismus	

6. Netzausbau

Kurzbezeichnung der Rechtsquelle(n)	<ul style="list-style-type: none"> • EIWOG • SNT-VO 2006 	
Anspruchsgrundlage/Adressaten	<input type="checkbox"/> gesetzliche Grundlage <input checked="" type="checkbox"/> vertragliche Grundlage	Es kann ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Netzausbau bestehen, wenn dies erforderlich ist, um den Netzanschluss zu gewährleisten. Auf Abschluss eines entsprechenden Vertrags besteht ein Anspruch. Die genauen Bedingungen sind in den Ausführungsgesetzen der Bundesländer festgelegt (§ 12 Abs 1 EIWOG).
	Berechtigter	Anspruchsberechtigt ist der Netzbenutzer. Netzbenutzer ist jede natürliche oder juristische Person oder Erwerbsgesellschaft, die Elektrizität in ein Netz einspeist oder entnimmt (§ 7 Z 11 EIWOG). Nähere Details finden sich in den Ausführungsgesetzen der Bundesländer.
	Verpflichteter	Zum Netzausbau verpflichtet ist der Netzbetreiber. Nähere Details finden sich in den Ausführungsgesetzen der Bundesländer.
Vorrang erneuerbare Energien (qualitative Ausgestaltung)	<input checked="" type="checkbox"/> Vorrang für erneuerbare Energien <input type="checkbox"/> Diskriminierungsfreie Behandlung	Der Netzbetreiber ist verpflichtet, den Anschluss der konkret projektierten Energieanlage an den nächstgelegenen technisch geeigneten Anschlusspunkt zu ermöglichen. Er kann den Vertrag verweigern, wenn der Netzanschluss ihm oder der Allgemeinheit technisch nicht zumutbar ist. Nähere Details finden sich in den Ausführungsgesetzen der Bundesländer. In diesen Fällen besteht auch kein Anspruch auf Netzausbau.
Kapazitätsbeschränkung (quantitative Ausgestaltung)		
Zeitliche Ausgestaltung	Die zeitliche Ausgestaltung eines möglichen Anspruchs auf Netzausbau ergibt sich aus dem abgeschlossenen Vertrag.	
Entstehung/Durchsetzung	Der Anspruch auf Netzausbau entsteht mit Vertragsabschluss.	
Finanzierung	Die Kosten des Netzausbaus trägt der „Entnehmer“ nach allgemeinen Energiewirtschaftsrechtlichen Vorschriften. Entnehmer ist ein Endverbraucher oder Netzbetreiber, der elektrische Energie aus dem Netz bezieht (§ 7 Z 10 EIWOG). Gezahlt wird der Netzausbau über ein so genanntes Netzbereitstellungsentgelt. Das Netzbereitstellungsentgelt ist ein Pauschalbetrag für den bereits durchgeführten und vorfinanzierten Ausbau jener Netzebenen, die tatsächlich in Anspruch genommen werden (§ 3 Z 1 SNT-VO 2006).	
	Kostenträger Staat	
	Kostenträger Verbraucher	

	Kostenträger Netzbetreiber	
	Kostenträger Anlagenbetreiber	
	Verteilmechanismus	